

## **Rede Dringliche, 30.1.2008**

Abgeordneter Gerhard Steier (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Frau Staatssekretärin! Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte die Diskussion zu dieser Dringlichen damit beginnen, dass ich ein paar Zahlen auch zur Veranschaulichung unseren ZuhörerInnen mitgeben darf:

Ein Blick in den Achten Umweltkontrollbericht benennt sehr anschaulich Hauptfelder künftigen Handlungsbedarfs im Bereich des Klimaschutzes. Im Jahre 2005 lagen die Treibhausgasemissionen um 18 % über dem Basisjahr und um 36 % über dem Kyoto-Ziel. Die wesentlichen Verursacher waren Verkehr mit 27 %, Industrie mit 27%, Energieaufbringung mit 17 % sowie Raumwärme und sonstige Kleinverbraucher mit 17 %.

Zum Vergleich: Laut Siebentem Umweltkontrollbericht betrug die Abweichung vom Kyoto-Ziel im Jahre 2001 16,8 %. Die sechs Hauptverursachergruppen bei den Treibhausgasemissionen waren Industrie mit 27 %, Verkehr mit 23 %, die Kleinverbraucher mit 18%, die Energieversorgung mit 17 % und die Landwirtschaft mit 9 % der Treibhausgasemissionen.

Geschätzte Damen und Herren, diese Entwicklung der Daten zeigt meiner Ansicht nach zwei Dinge sehr deutlich auf, nämlich dass die Maßnahmen, die in den letzten Jahren gesetzt worden sind, bei Weitem nicht ausreichend waren. Und unser Lebensstil, aber vor allem unser Umgang mit Energie und Rohstoffen sind bei weitem nicht zielgerichtet genug. Der effiziente Umgang mit Ressourcen, der Verzicht auf unnötigen Verbrauch sind ein ganz wesentliches und zentrales Element. Und das muss für alle Lebensbereiche Geltung erlangen. Hier sind Politik, Wirtschaft, aber auch die Gesellschaft als Ganzes gefordert.

Der Herr Bundeskanzler und auch viele meiner VorrednerInnen haben darauf verwiesen, dass Klimaschutz eine Querschnittsmaterie ist, der wir uns aber nur gemeinsam stellen können, ohne jetzt in einer Form gegeneinander aufzurechnen, Ängste zu schüren, gewissen Menschen einfach den Mut zu nehmen, sich in dieser Materie zu engagieren, sich mit dieser Materie auseinanderzusetzen. Wir sind von politischer Seite dazu aufgefordert, allen Menschen die Anleitungen zu geben, sie mitzunehmen und sie auch in diese Materie einzubinden, damit sie ihre Zielsetzungen mit jenen der Politik auch effizient verbinden können.

Meine Damen und Herren, noch immer sind Informationen und Wissen über Einsparpotentiale lückenhaft, denn in fast allen Branchen existieren erhebliche Steigerungspotentiale hinsichtlich Energie- und

Materialeffizienz. Das beginnt bei der Vorbildwirkung der Politik und geht hin bis zum Konsumenten. Denn die täglichen Entscheidungen, die wir auf dem Markt treffen, sind ein ganz entscheidender Impuls und die Antwort auf die gegenwärtigen und zukünftigen ökologischen und ökonomischen Herausforderungen.

In diesem Zusammenhang darf ich eine Lanze für alle Verantwortlichen im ländlichen Bereich brechen, die sich schon seit Jahren mit allem möglichen Engagement für erneuerbare Energien einsetzen, und das nicht nur im Bereich der Biomasse, sondern auch bei Solartechnik, bei Photovoltaik, bei Beleuchtung, bei thermischer Sanierung Vorbildwirkung unter anderem auch für Länder und für den Bund erzielen wollen. Ein herzliches Dankeschön an alle BürgermeisterInnen beziehungsweise Gemeindeverantwortlichen. (Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)

Hohes Haus! Die Frage des Lebensstils spiegelt sich auch im Bereich der Abfallwirtschaft wider, die 2005 mit 2,4 % an den Treibhausgasemissionen beteiligt war. Von 1996 bis 2004 ist das gesamte Abfallaufkommen fast gleich stark angewachsen wie unser Wirtschaftsvolumen. Und in Zukunft ist mit einer weiteren Zunahme zu rechnen. Das bringt mich zu einer ganz aktuellen Entwicklung in diesem Bereich, zum Vorwurf an das ARA-System, mit Tarifmanipulationen gearbeitet zu haben.

Das ARA-System ist der größte Player im Bereich der österreichischen Abfallwirtschaft und bei der Sammlung und Verwertung von Verpackungsabfällen aus Haushalt, Gewerbe und Industrie federführend. Seit Jahren gibt es Gerüchte über systematische Fehlkalkulationen der ARA, also konkret, dass die ARA Schätzungen über anfallende Verpackungsmengen bewusst zu tief ansetzt, um damit höhere Tarife als notwendig zu erzielen. Damit wurden der Wettbewerb massiv beeinträchtigt und in letzter Konsequenz auch wir KonsumentInnen dadurch beeinflusst.

Immer wieder haben wir in den letzten Jahren ausreichend kritisiert und die Frage gestellt: Wie kann es möglich sein, dass ein Nonprofit-Unternehmen Überschüsse im dreistelligen Millionenbereich ausweist? Und warum hat die ARA als Monopolist im Haushaltsbereich unzulässige Quersubventionierungen zwischen Haushalts- und Gewerbeabholung getätigt? Wir alle haben uns gefragt, was eigentlich mit der Kontrolle im Umweltministerium los ist, das derartige Vorkommnisse zu Lasten der KonsumentInnen über Jahre einfach toleriert. Nun liegt endlich ein Ermittlungsbericht der Bundeswettbewerbsbehörde vor, der die Vorwürfe sehr pointiert auf den Punkt bringt und hoffentlich – und das ist wirklich inständig zu hoffen – dazu beitragen wird, diese Missstände im System abzustellen. (Beifall bei der SPÖ.). Angesichts der Schwere der Vorwürfe der Bundeswettbewerbsbehörde wären Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister Pröll, gut beraten, auch mit unserer Zustimmung eine Sonderprüfung des ARA-Systems durchzuführen, und zwar seit dem Bestehen 1993, nämlich in Bezug auf Effizienz, Sinnhaftigkeit,

Mittelverwendung beziehungsweise Kontrolle. – Danke vielmals. (Beifall bei der SPÖ.)